

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 02	S0017/10	04.02.2010

zum/zur	
A0158/09 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Bezeichnung	
Verwaltungskostensatzung verändern	
Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	23.02.2010
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	04.03.2010
Stadtrat	25.03.2010

Stellungnahme:

Die Stellungnahme S0017/10 ergänzt die Stellungnahme S0297/09 vom 30. September 2009 und ist das Ergebnis der Entscheidung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten vom 17. Dezember 2009, die Stellungnahme zu überarbeiten.

Wie bereits in der Stellungnahme S0297/09 dargestellt, führt die teilweise Reduzierung, die Gewährung eines Mengenrabattes oder der Wegfall einer Verwaltungsgebühr für einen bestimmten Personenkreis zu Mindereinnahmen der Landeshauptstadt. Die alternative Anwendung einer generellen Gebührenstaffelung für mehrere zu beglaubigende Seiten für alle Personengruppen wäre gerechter und praktikabler als nur den angesprochenen Personenkreis zu begünstigen. Diese Verfahrensweise widerspricht jedoch dem Prinzip der Einnahmebeschaffung gemäß § 91 GO LSA gerade auch vor dem Hintergrund der bestehenden Haushaltslage. Die Stadt befindet sich im Prozess der Haushaltskonsolidierung. In diesem Zusammenhang wurden umfassende Konsolidierungsmaßnahmen entwickelt, um den defizitären städtischen Haushalt zu entlasten. Unter dem Blickwinkel der Haushaltskonsolidierung und der Gewährleistung eines zukünftig ausgeglichenen Haushaltes kann dieser Antrag aus Sicht der Verwaltung nicht mitgetragen werden.

Zimmermann